

# Friedhelm Hengsbach: Gute Arbeit – nicht unter finanzkapitalistischen Verhältnissen

Weise Menschen haben über den Wert der Arbeit nachgedacht. Martin Luther meinte: "Von Arbeit stirbt kein Mensch. Aber durch Müßiggehen kommen die Leute um Leib und Leben. Denn der Mensch ist zur Arbeit geboren wie der Vogel zum Fliegen". Der polnische Papst Johannes Paul II. schrieb 1991: "Die Arbeit ist eine fundamentale Dimension der Existenz des Menschen auf Erden"; wer arbeitet, werde gesellschaftlich anerkannt, könne seine Talente und Interessen entfalten und verdiene so seinen Lebensunterhalt.

## "Gute Arbeit" im Urteil der Arbeitenden

Beschäftigte geben auf die Frage, was "gute Arbeit" sei, übereinstimmende Antworten: ein verlässliches Einkommen, ein sicherer Arbeitsplatz. Arbeit soll abwechslungsreich und sinnvoll sein. Der Vorgesetzte soll sie als Menschen und nicht bloß als Kostenfaktor betrachten. Das Klima unter den Kollegen soll auffrischen.

Eine repräsentative Stichprobe kam 2006 zu einem überraschenden Ergebnis: Nur drei Prozent der abhängig Beschäftigten in Deutschland meinen, dass ihr Arbeitsplatz das Merkmal: "gute Arbeit" verdient. Dreizehn Prozent räumen ein, dass ihr Arbeitsplatz ausbaufähige Grundlagen bietet, die Merkmale "guter Arbeit" zu gewinnen, falls das Spektrum der Belastungen verringert wird. Und mehr als 84 Prozent sagen, ihre Arbeit sei schlecht: die belastenden Momente wiegen schwerer als die angenehmen, das Monatseinkommen ist unzureichend.

## Schlecht gemachte Arbeit

Schlechte Arbeit ist schlecht gemachte Arbeit. Von wem und warum?

Die Finanzkrise hat offenbar einen Ruck erzeugt: Die wirtschaftlichen Eliten verabschiedeten sich über Nacht von den marktradikalen wirtschaftsliberalen Parolen, die sie jahrzehntelang verteidigt hatten. Josef Ackermann traute nicht mehr den Selbstheilungskräften des Marktes, ein Notschrei erreichte den Staat, die Notenbanken fluteten Liquidität in das Bankensystem. Doch die Schockwirkung der Banker ist verfliegen. Auf der Strecke bleiben der Staat, die Arbeiter und die Kommunen.

Der Staat, als Retter aus der Krise angerufen, war Bestandteil der Krise und ist es geblieben. Nachdem ein Rettungsschirm über alle Banken gespannt war, sind relevante Entscheidungen für einen Neustart in der Finanzsphäre und für eine tragfähige realwirtschaftliche Belebung ausgeblieben. Die europäischen Regierungen paralysieren sich gegenseitig.

Keine der von der rot-grünen Koalition verabschiedeten sozial- und arbeitspolitischen Reformen sind ernsthaft revidiert worden. Das Armutsrisiko nimmt nach der zweijährigen Episode eines weltwirtschaftlich bedingten Aufschwungs wieder zu. Die solidarischen Sicherungssysteme bleiben strukturell weiterhin deformiert, die Arbeitsverhältnisse entregelt. Die unbezahlte Mehrarbeit nimmt zu, die Forderung einer kollektiven Arbeitszeitverkürzung gilt als Anachronismus. Der Druck auf den Niedriglohnsektor wird nahtlos fortgesetzt. Einschließlich der politisch übertünchten Arbeitslosigkeit

## 02-10: Gute Arbeit - geht das?

von: Prof. Dr. Friedhelm Hengsbach (Sozialethiker) |

Dies ist die pdf-Fassung eines Beitrags aus der Online-Zeitschrift Denk-doch-Mal.de

Alle Texte sind urheberrechtlich geschützt.

---

fehlen 5 Millionen Arbeitsplätze, während die Zahl der offenen Stellen im äußersten Fall an die Einmillionen-Marke heranreicht. Ein entschiedener Schlussstrich unter die verfassungswidrigen Hartz IV-Regelungen rückt in weite Ferne.

Der Staat spielt weiterhin die Rolle einer kooperativen Geisel. Während die Gipfelkonferenz der G 20 in London angekündigt hatte, dass es kein Finanzunternehmen, kein Finanzgeschäft und keinen Finanzplatz mehr außer der öffentlichen Aufsicht und Kontrolle geben soll, und während der Folgegipfel in Pittsburgh eine beachtliche Liste jener Systemfehler erstellt hatte, die in das weltweite Desaster geführt haben, sind die erwarteten nationalstaatlichen oder koordiniert supranationalen Entscheidungen aufgeschoben worden.

Das Krisenmanagement besteht aus wahllosen Interventionen, aus Appellen zur Lohnzurückhaltung, aus Konsolidierungsplänen der öffentlichen Haushalte, aus Auflagen an überschuldete Staaten, die den Verlierern der Krise weitere Lasten aufbürden oder die jenen Therapien ähneln, die der IWF seinerzeit den Ländern verordnet hatte, die auf Auslandskredite angewiesen waren. Den Finanzmärkten wird weiterhin die Rolle einer 5. Gewalt in der Demokratie eingeräumt. Diese verlangen optimale Verwertungsbedingungen ihrer Investitionen, nämlich möglichst wenig solidarische Umverteilung sowie niedrige Steuern, Abgaben und moderaten Löhne. Die schwarz-gelbe Koalition, mit der Selbstfindung beschäftigt will oder kann aus der Finanz- und Wirtschaftskrise nicht lernen.

### **Finanzkapitalistische Machtverhältnisse**

Kann es unter finanzkapitalistischen Verhältnissen überhaupt gute Arbeit geben? Dem Kapitalismus kann man eine wertneutrale oder gar konstruktive Dynamik zusprechen, die in einem ökonomischen Funktionsgerüst besteht – einem marktwirtschaftlichen Wettbewerb, einer elastischen Geldversorgung durch das unbegrenzte Geldschöpfungspotential des Bankensystems, einem kapitalintensiven Technikeinsatz aus vorgeleisteter Arbeit und einer in der Regel privatautonomen Unternehmensform. Die destruktive Dynamik besteht indessen aus der Schieflage gesellschaftlicher Machtverhältnisse, die von den Propagandisten der „sozialen Marktwirtschaft“ systematisch übersehen wird: Einer gesellschaftlichen Minderheit gehören die Produktionsmittel, während die Mehrheit bloß über ein Arbeitsvermögen verfügt, um den Lebensunterhalt zu bestreiten.

Diese Schieflage bestimmt den formal „freien Arbeitsvertrag“, der ein Zwangsverhältnis ist, weil die Verhandlungsposition der Vertragspartner ungleich ist. Diese Schieflage überträgt sich auf die betrieblichen Verhältnisse, auf die Gütermärkte und die Nahtstelle der monetären und realwirtschaftlichen Sphäre, da die Banken über die Macht der Kreditschöpfung verfügen.

Nun gibt es den Kapitalismus im Plural. Der französische Journalist Michel Albert hat das Wirtschaftssystem in Deutschland als kooperativen Kapitalismus gekennzeichnet und dem angloamerikanischen Finanzkapitalismus gegenüber gestellt. Im „Rheinischen Kapitalismus“ erleichtert das persönliche und finanzielle Netz zwischen Banken und Unternehmen langfristige Entscheidungen, die am Markterfolg orientiert sind. Im Unternehmen sind die Gruppen der Belegschaften und Anteilseigner sowie die öffentliche Hand miteinander verbunden.

## 02-10: Gute Arbeit - geht das?

von: Prof. Dr. Friedhelm Hengsbach (Sozialethiker) |

Dies ist die pdf-Fassung eines Beitrags aus der Online-Zeitschrift Denk-doch-Mal.de

Alle Texte sind urheberrechtlich geschützt.

---

Die Manager stellen zwischen den Interessen dieser Gruppen einen Ausgleich her. Im angloamerikanischen Finanzkapitalismus dagegen dominieren die Kapitalmärkte mit den institutionellen Anlegern (Großbanken, Versicherungskonzerne, Beteiligungsgesellschaften) Sie kontrollieren die Unternehmen über eine reine Finanzkennziffer, den „shareholder value“, der sich angeblich im Aktienkurs spiegelt. Die Manager orientieren sich ausschließlich an den kurzfristigen Interessen der Anteilseigner. Diese sehen in den Unternehmen bloß eine Kapitalanlage, die sie erwerben, im Wert steigern und mit Gewinn ohne Rücksicht auf andere Interessen abstoßen. Wie kann es in einem solchen Finanzkapitalismus gute Arbeit geben? Nicht ohne dessen demokratische Aneignung.

### **Demokratische Aneignung des Kapitalismus**

Auf den Gipfelkonferenzen der G 20 in London ist unter der unmittelbaren Schockwirkung ein wirtschaftsdemokratischer Neustart eingeleitet worden. Allerdings nur in Absichtserklärungen: Alle Finanzunternehmen, alle Finanzgeschäfte und alle Finanzplätze sollen der öffentlichen Aufsicht und Kontrolle unterstellt werden. In Pittsburgh wurde eine Liste politischer Regeln erstellt, die auf Systemfehler reagieren: höhere Eigenkapitalquoten, Verschuldungsgrenzen, vorsichtige Bilanzierungsregeln, öffentliche Rating-Agenturen, Beseitigung globaler Ungleichgewichte, koordinierte öffentliche Aufsicht und Kontrolle.

### **Globale Finanzarchitektur**

Eine globale Finanzarchitektur an Stelle einer Reparatur der Schäden sieht jedoch anders aus: Auf der Mikroebene sollten neue Finanzdienste einer Zulassungskontrolle unterworfen, spekulative Finanzgeschäfte besteuert und Eigenkapitalquoten differenziert werden, je nachdem die Kredite reinen Finanzanlagen oder realen Investitionen dienen. Weder die Zerschlagung zu großer systemrelevanter Banken noch die Wiederbelebung von Trennbanken sollten ein Tabu sein. Auf der Makroebene sollte das Geld als öffentliches Gut gelten und die Banken unter einem öffentlichen Mandat stehen, so dass sie neben der privaten Gewinnerzielung der Realwirtschaft, der Nachhaltigkeit und dem Wohlstand aller Menschen dienen.

Es sollte ein multipolares Währungsregime etabliert werden mit einer behutsam koordinierten Wechselkurspflege. Innerhalb der Währungsräume treten dann Transferleistungen an die Stelle von Wechselkursanpassungen, die von den Überschussländern den Defizitländern zur Verfügung stehen. Von beiden Ländergruppen sind Anpassungsleistungen zu fordern. Solange die am schwersten von den globalen Finanz- und Wirtschaftskrisen betroffenen Länder aus dem Club der G 20 ausgeschlossen bleiben, sollte den Entwicklungs- und Schwellenländern gestattet sein, sich mit Hilfe von Kapitalverkehrskontrollen gegen kurzfristige Finanzströme zu wehren. Schließlich ist der universale Vorteil globaler Finanzmärkte in Frage zu stellen. Der Aufbau von Mikrobanken könnte ein Netzwerk, das aus kleinen und mittleren Agrarbetrieben und gewerblichen Unternehmen geknüpft ist, mit Krediten ausstatten.

Dann könnte ein regionales und nationales Bankensystem mit einer Zentralbank aufgebaut werden. Und schließlich stünde als „Krönung“ die Integration in die globalen Finanzmärkte an – eine teilautonome

Entwicklung, die von internationalen und kirchlichen Nichtregierungsorganisationen gefordert wird.

### **Realwirtschaftliche Belebung**

Die Gipfelkonferenzen der G 20 hatten der realwirtschaftlichen Belebung einen hohen politischen Rang eingeräumt, um die Finanz- und Wirtschaftskrise zu überwinden. Die deutsche Regierung hat sich vor allem auf die Stabilisierung des Bankensystems kapriziert. Doch der Erfolg einer solchen Option blieb bescheiden. Vor allem ist das Beharren auf der notorischen, pathologischen Industrie- und Exportlastigkeit der deutschen Wirtschaft kein Ausweg aus der Krise, sondern eine zusätzliche Belastung.

Eine realwirtschaftliche Belebung wird derzeit immer noch durch jene Mythen durchkreuzt, dass ein Lohnverzicht Arbeitsplätze schaffe, dass die Tarifverträge eine Vereinbarung zu Lasten der Arbeitslosen und der Allgemeinheit seien, dass Niedriglöhne einen höheren Beschäftigungsgrad erzeugen oder dass Arbeit eine Ware wie jede andere sei. Sie wird auch von apokalyptischen Profeten, die ein Ende der Arbeit ankündigen und von der Propaganda eines bedingungslosen Grundeinkommens desavouiert. Denn die Mehrheit der Bevölkerung in Deutschland lebt unter ihren Verhältnissen. Viele vitale Bedürfnisse sind unbefriedigt und zahlreiche öffentliche Aufgaben bleiben unerledigt. Gleichzeitig wird das Arbeitsvermögen junger Menschen, die kostbarste Ressource, über die eine Gesellschaft verfügt, verschlissen.

Deshalb ist eine Offensive zugunsten höherer Wertschöpfung und mehr Beschäftigung dringend geboten. Beschäftigungsfelder, die zu erschließen sind: Der ehrgeizige ökologischer Umbau der Verkehrssysteme, Energiegewinnung und Ernährungsweisen. Vor allem jedoch die Arbeit an den Menschen in den Bereichen Gesundheit, Bildung, Kultur und Kommunikation. Dazu ist jedoch ein verstärktes Engagement des Staates erforderlich, weil diejenigen personennahen Dienste, die als Grundrechtsansprüche anerkannt sind, nicht ausschließlich dem marktwirtschaftlichen Wettbewerb und der privaten Kaufkraft überlassen bleiben können. Die öffentliche Hand kann sich von diesem Mandat nicht freikaufen. Deshalb sind staatliche Investitionen, die private Aufträge nach sich ziehen, geboten. Der Privatisierungswahn ist zu stoppen, Steuereinnahmen sind zu erhöhen, nicht zu senken.

Die Beteiligung an der Erwerbsarbeit ist indessen nicht der einzige Schlüssel gesellschaftlicher Integration. Neben der Erwerbsarbeit sind die private Betreuungsarbeit und das zivilgesellschaftliche Engagement gleich wichtig und gleichrangig. Indem Frauen zu Recht gleichgestellte und autonome Erwerbschancen für sich beanspruchen, ist es folgerichtig, dass Männer den ihnen zukommenden Teil an privater Betreuungsarbeit übernehmen. Die drei gesellschaftlich gleich notwendigen und nützlichen Arbeitsformen – Erwerbsarbeit, private Betreuungsarbeit und ziviles Engagement – sollten fair auf die beiden Geschlechter verteilt werden – mit einer finanziellen Absicherung durch Arbeits-, Kapital- und Transfereinkommen. Ohne einen Abschied vom patriarchalen Kapitalismus ist eine demokratische Aneignung des Finanzkapitalismus nicht denkbar.

Diese demokratische Aneignung erfolgt zum einen durch drei Barrieren gegen die Vermarktung der Arbeit, die der Sozialstaat aufgestellt hat: die Tarifautonomie, das individuelle Arbeitsschutzrecht und die solidarischen umlagefinanzierten Sicherungssysteme; diese sind wieder stark und fest zu machen.

## 02-10: Gute Arbeit - geht das?

von: Prof. Dr. Friedhelm Hengsbach (Sozialethiker) |

Dies ist die pdf-Fassung eines Beitrags aus der Online-Zeitschrift Denk-doch-Mal.de

Alle Texte sind urheberrechtlich geschützt.

---

Darüber hinaus ist eine Korrektur der finanzkapitalistischen Verteilungsregel fällig. Die unternehmerische Wertschöpfung wird von vier Ressourcen kollektiv erwirtschaftet, dem Geld-, Arbeits-, Natur- und Gesellschaftsvermögen, in dem alle Vorleistungen eingeschlossen sind, auf denen ein großer Teil der unternehmerischen Produktivität beruht. Aber dass der relativ größte Betrag allein der Vermehrung des Geldvermögens dient und den Kapitaleignern zufließt, ist Raub.

Die Wertschöpfung gehört allen beteiligten Ressourcen und muss demgemäß fair auf sie verteilt werden. Diese Korrektur kann jedoch nur dadurch erreicht werden, dass die finanzkapitalistische Entscheidungsmacht gebrochen wird und die Belegschaften, Kapitaleigner sowie die öffentliche Hand drittelparitätisch an den unternehmerischen Entscheidungen beteiligt werden.